Der Rat der Stadt Rheinbach hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2000 einstimmig nachstehende Resolution beschlossen.

Resolution des Rates der Stadt Rheinbach gegen Extremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Rheinbach ist eine weltoffene Stadt, die allen in ihr lebenden Menschen eine Heimat bietet.

Die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt fühlen sich gemeinsamen Grundwerten verpflichtet: Freiheit und Demokratie, Humanität und Toleranz. Dafür treten sie aktiv ein. Sie lassen nicht zu, dass extremistische, rassistische und ausländerfeindliche Gewalttäter die Fundamente unserer Verfassung angreifen.

Der Rechtsstaat muss verhindern, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe verbal oder körperlich bedroht, verfolgt oder sogar Opfer von Gewalttaten werden. Dort, wo es nicht gelingt, Gewalt zu verhindern, muss sie konsequent verfolgt und bestraft werden.

Die Stadt Rheinbach unterstützt ausdrücklich Initiativen

- die dazu beitragen, dass sich Demokratie und Toleranz besser entfalten können,
- die zu einer höheren Wachsamkeit gegenüber unterschiedlichen Formen von Extremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit führen,
- die dazu ermutigen, solchen Tendenzen aktiv entgegenzuwirken.

Die Stadt Rheinbach appelliert an alle Einwohnerinnen und Einwohner, ihre Initiativen unter dem Dach des von der Bundesregierung angeregten „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt" einzubringen.

Wir treten ein für die Würde aller Menschen!

Wir treten ein für Toleranz, Solidarität und ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt!

Wir rufen alle Rheinbacherinnen und Rheinbacher auf zur Zivilcourage gegen Extremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und für Freiheit und Demokratie.

Stefan Raetz
Bürgermeister